

**Mitzureden hat die Gemeinde nichts**  
Verordnung über Überschwemmungsgebiete in Marquartstein erörtert

Hochwasserschutz

## Gefahrenkarten - Informationstool oder Stein des Anstoßes?!

**Stellungnahme der Gemeinde ohne Belang**

Gefahrenkarten dienen einerseits als Grundlage für eine nachhaltige Raumordnungspolitik, andererseits informieren sie die Bevölkerung über Naturgefahren (siehe Seite 48). Von der Erstellung einer Gefahrenkarte bis zur Entfaltung ihrer Wirksamkeit ist es jedoch ein weiter Weg.

Dies soll beispielhaft am Prozess der Festsetzung von Überschwemmungsgebieten in Bayern dargestellt werden, der im Auftrag der Wasserwirtschaftsverwaltung vom Lehrstuhl für Forstpolitik und Forstgeschichte der TUM (Prof. Michael Suda) analysiert wurde.

Wertverluste durch die Festsetzung des Überschwemmungsgebiets zu vermeiden oder vor allem bei Landwirten eine prinzipielle Ablehnung staatlicher Schutzgebietsausweisung. In diesen Fällen konnte das Festsetzungsverfahren nicht genutzt werden, um das Gefahrenbewusstsein zu stärken, vielmehr stand der Konflikt zwischen Behörden und von »willkürlichen oder überzogenen Planungen« Betroffenen im Vordergrund.

Auch Erfahrungen aus Österreich zeigen, dass nach der Phase der rechtlichen Festsetzung die Gefahrenkarten zwar grundsätzlich bekannt sind, die Bewohner ihre Gefährdung aber häufig sehr falsch einschätzen. Die verantwortlichen Behörden können also nicht nach Ermittlung und Festsetzung der Gefahrenkarten aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Vielmehr müssen sie versuchen, die Inhalte der Gefahrenkarten regelmäßig den Betroffenen nahe zu bringen, um dem Vergessen der Gefährdungslage entgegenzuwirken.

In einem Folgeprojekt werden mögliche Maßnahmen wie Internetnutzung, Landmarken oder Initiativen vor Ort evaluiert und verbessert, die die lokale Aufmerksamkeit für die Überschwemmungsgefahren schärfen und damit auch behördliches Handeln wie die Festsetzung von Überschwemmungsgebieten erleichtern.

Klaus Wagner

**Dr. Klaus Wagner**  
Lehrstuhl für Forstpolitik und Forstgeschichte  
Tel.: 08161/71-4751  
wagner@forst.tu-muenchen.de

Seit 1996 werden in Bayern Überschwemmungsgebiete nach einem einheitlichen Schema ermittelt. Basierend auf einer Luftbilddauswertung wird ein digitales Geländemodell erstellt. Anschließend wird eine 1D- oder 2D-Modellierung des Überschwemmungsgebietes für ein 100-jährliches Ereignis angefertigt. Dabei handelt es sich nicht um ein Jahrhunderthochwasser! Vielmehr ist das 100-jährliche Hochwasser eine statistische Größe, es tritt durchschnittlich einmal in 100 Jahren auf oder zehnmal in 1 000 Jahren. Dies zu erklären, ist die erste Hürde, die die Behördenmitarbeiter bei der Information der Bevölkerung überwinden müssen.

Die zweite und viel höhere Hürde ist die rechtliche Festsetzung des errechneten Überschwemmungsgebiets, mit der Bauverbote oder Einschränkungen der landwirtschaftlichen Nutzung verbunden sind. Am stärksten umstritten ist die Ausdehnung des Überschwemmungsgebiets: Es ist meist deutlich größer als die letzten Hochwasserereignisse, an die sich die Anlieger erinnern. Besonders problematisch ist es, wenn mit dem 100-jährlichen Ereignis Geländekanten oder Dämme überflutet werden, die bei den zuletzt real abgelaufenen Hochwassern noch als Barrieren wirkten. Manchmal ist das Überschwemmungsgebiet aber auch kleiner als die erinnerten Überflutungsflächen, weil die Wissenschaftler zwischen vom Fluss und durch Grundwasser überschwemmte Flächen unterscheiden. Die Kluft zwischen eigener Erfahrung und den mit wissenschaftlichen Methoden ermittelten Überschwemmungsgebieten kratzt an der Glaubwürdigkeit der Behörden. Ihnen wird vorgeworfen, »Maximalforderungen« zu stellen.

Weitere Konfliktpunkte sind fundamentale Überzeugungen der Grundeigentümer wie der Wunsch,

**Schränkt Hochwasserschutz Landwirtschaft ein?**

Betroffene diskutieren über die Nutzung von Land in Überschwemmungsgebieten

**Hochwasserschutz ja - Verordnung nein**  
Bauern gegen Pläne des Landratsamtes - Schützenhilfe aus der Politik?

**Auflagen schnüren die Landwirte ein**  
Wegen Maisanbau Entscheidung vertagt  
Bauern bangen um die Zukunft

Die Festsetzung des Überschwemmungsgebiets an der Tiroler Achen im Spiegel der Presse (Chiemgauer Zeitung/ Traunsteiner Tagblatt 2002/03): Der Konflikt, nicht die Information der Bevölkerung über Hochwassergefahren steht im Vordergrund.